

**Der Grosse Rat
des Kantons Bern**

**Le Grand Conseil
du canton de Berne**

Mittwoch (Vormittag), 13. März 2019 / Mercredi matin, 13 mars 2019

Polizei- und Militärdirektion / Direction de la police et des affaires militaires

66 2018.RRGR.197 Motion 063-2018 Stampfli (Bern, SP)
Asylunterkunft in der Stadtberner Kaserne
Richtlinienmotion

66 2018.RRGR.197 Motion 063-2018 Stampfli (Berne, PS)
Centre d'hébergement dans la caserne de la ville de Berne
Motion ayant valeur de directive

Präsident. Wir kommen zum Traktandum 66, «Asylunterkunft in der Stadtberner Kaserne». Das ist eine Richtlinienmotion, die Regierung will sie ablehnen. Ich gebe dem Motionär das Wort und bitte Sie, gleichwohl die Gesprächslautstärke wieder etwas zurückzunehmen, damit wir weiterdebattieren können. Grossrat Stampfli hat das Wort.

David Stampfli, Bern (SP). Es ist immer schwierig, nach einem solch spannenden Traktandum, das nächste übernehmen zu müssen. Ich hoffe, Sie mögen mir trotzdem zuhören.

Die einen sollten, aber wollen nicht. Die anderen möchten, aber dürfen nicht. Das ist kurz zusammengefasst die Situation bei den Bundesasylzentren im Kanton Bern. Der Auftrag des Bundes ist klar: Der Kanton Bern muss Bundesasylzentren zur Verfügung stellen; wir haben hier im Grossen Rat schon mehrfach darüber diskutiert. Besonders im Fokus ist die Gemeinde Lyss. Lyss hat sich dagegen gewehrt, dass man in Lyss gerade zwei Asylzentren errichten soll, und auch die Mehrheit des Grossen Rates hat die Meinung der Lysser durchaus nachvollziehen können und ihre Haltung unterstützt. Es ist aber so, dass die Stadt Bern durchaus Bereitschaft erklärt hat, ein solches Bundesasylzentrum in der Stadt Bern einzurichten. Die Stadt Bern ist damit wohl eine der wenigen, wenn nicht die einzige Gemeinde im Kanton Bern, welche diese Bereitschaft signalisiert hat. Es gibt in der Stadt Bern durchaus auch Gebäude, die sich dazu eignen würden, insbesondere die Stadtberner Kaserne im Breitenrainquartier. Der Gemeinderat der Stadt Bern hat sich schon bei mehreren Vorstössen dazu geäussert und gesagt, dass es für ihn durchaus eine Möglichkeit wäre, in dieser Kaserne eine Asylunterkunft einzurichten. Aus diesem Grund haben Grossrat Stefan Jordi und ich diesen Vorstoss hier eingereicht.

Der Antwort des Regierungsrates kann man entnehmen, dass das zwar gut töne und man sich freue, dass die Stadt Bern hier Bereitschaft zeige. Aber leider sei dies nicht möglich, weil dort das Eidgenössische Departement für Verteidigung, Bevölkerung und Sport (VBS) den Vertrag weiterhin verlängert habe. Das finde ich natürlich schon sehr erstaunlich. Ich bin der Meinung, man solle es trotzdem versuchen und mit dem VBS das Gespräch suchen. Ich hoffe auf die konstruktive Mehrheit hier im Grossen Rat, bin gespannt auf die Diskussion und hoffe, dass diejenigen, die sollten, aber nicht wollen, zumindest diejenigen, die möchten, etwas machen werden.

Ich sehe, es blinkt, ich höre auf und komme vielleicht am Schluss der Debatte noch einmal hier nach vorne.

Präsident. Wir kommen zu den Fraktionserklärungen. Für die glp-Fraktion: Grossrätin Mühlheim.

Barbara Mühlheim, Bern (glp). Diese Motion hat einen Auftrag. Wir diskutieren hier drin nicht, ob es sinnvoll ist, auf dem Kasernenareal ein Zentrum zu machen. Wir haben unseren eigenen Job, und darüber zu diskutieren, ist nicht unser Job. Diese Motion will nur eines: Es soll eine Arbeitsgruppe geben, welche die Diskussion führt, ob es sinnvoll ist, dort die Option weiterhin zu behalten und sogenannte Überprüfungen zu machen, ob dieser Standort geeignet ist.

Kolleginnen und Kollegen, diese Arbeitsgruppe gibt es, und auch die Stadt Bern ist Partner. Darum weiss leider auch die Stadt Bern seit dem Sommer, dass diese Option in erster Priorität nicht mehr zur Verfügung steht. Daher ist es nichts als logisch, dass wir diese Motion ablehnen, weil der Auftrag längst da ist und man daher nicht noch einmal eine Arbeitsgruppe für etwas machen muss, das

es schon längst gibt – viel breiter zusammengesetzt als es der Motionär hier will. Daher unterstützen wir auch die Ablehnung der Motion.

Hans Rudolf Vogt, Oberdiessbach (FDP). Wie soll jemand betreffend ein Areal, Verhandlungen aufnehmen, dessen Nutzung bis 2028 vertraglich geregelt ist und die sogar mit einer einseitigen Erklärung bis 2048 verlängert werden kann? Weil aber bereits eine gemeinsame Arbeitsgruppe von Bund, Kanton und Stadt Bern an der Arbeit ist, könnte man diesen Vorstoss allenfalls als Postulat annehmen. Die Fraktion der FDP empfiehlt, wie die Regierung, die Motion abzulehnen.

Barbara Streit-Stettler, Bern (EVP). Eine Asylunterkunft im Kasernenareal im Breitenrain von Bern finden wir an und für sich eine gute Idee. Im Gegensatz zu Lyss, wofür wir wirklich Verständnis haben, würde sich auch niemand darüber aufregen, dass dort eine Asylunterkunft ist, und die Stadt Bern würde so eigentlich auch Lyss unter die Arme greifen und das Problemen lösen helfen. Es hätte – wie man das schon bei der Unterkunft in der ehemaligen Feuerwehrkaserne gesehen hat – auch genügend Freiwillige, die sich zugunsten der dortigen Asylsuchenden investieren würden. Schade ist einfach, dass das Militär die Kaserne offensichtlich weiterhin nutzen oder für sich behalten will, und darum kann diese Idee im Moment nicht verwirklicht werden. Wir denken, dass es nicht sinnvoll ist, dieser Motion zuzustimmen und lehnen sie zusammen mit dem Regierungsrat ab.

Erich Hess, Bern (SVP). Die SVP-Fraktion lehnt diese Motion ganz klar ab. Glücklicherweise ist das VBS auf diesem Areal, und es besteht glücklicherweise gar kein Diskussionsbedarf, sprich: Es ergibt gar keinen Sinn – auch wenn wir diese Motion überweisen würden –, weil das VBS dieses Areal braucht. Somit gibt es gar nichts zu diskutieren. Besten Dank für die Aufmerksamkeit.

Präsident. Für die SP-JUSO-PSA-Fraktion: Grossrätin Bauer.

Tanja Bauer, Wabern (SP). Ich erinnere mich gut, als im Zieglerhospital das Asylzentrum eröffnet wurde. Es gab damals in der Bevölkerung grosse Diskussionen darüber, wie man die Geflüchteten am besten unterstützen kann. Die Stadt Bern ist wirklich ein guter Ort für ein solches Zentrum; darin sind wir uns alle einig, glaube ich. Wir haben heute ein Zentrum, ein Bundesasylzentrum auf dem Zieglerareal. Dieses muss aber weichen, denn dort wird im Sinne der Verdichtung ein neues Quartier entstehen. Also sind wir uns alle einig, dass wir unterwegs sind, um einen neuen Standort zu evaluieren, und dafür gibt es eine Gruppe. Wir von der SP-JUSO-PSA-Fraktion sehen aber nicht, dass sich das mit diesem Vorstoss nicht vereinbaren liesse. Die Stadt Bern bringt selber ins Spiel, dass sie ihr Kasernenareal als guten Standort dafür sieht, und wir können uns durchaus vorstellen, dass das im Rahmen dieser Gruppe genauer angeschaut wird.

Wir waren mit der SiK auf diesem Kasernenareal: Es ist riesig. Auch wenn das VBS heute dort ist, nützt es dieses Areal in keiner Art und Weise voll aus. Es gibt bei uns Leute, die sich darüber Sorge machen, ob geflüchtete Menschen am selben Ort sein sollen wie das Militär. Diese Sorge ist berechtigt. Weil dieses Areal wirklich gross ist, gehen wir aber davon aus, dass man diese Nutzungen sogar so organisieren kann, dass sich das Militär und die Geflüchteten nicht einmal sehen. Alle diejenigen, die diesen Ort ein wenig kennen, wissen, dass es durchaus eine Möglichkeit ist, und wir bitten Sie daher, dieser Motion zuzustimmen.

Haşim Sancar, Ort (Grüne). Die grüne Fraktion ist ebenfalls daran interessiert, dass auf dem Areal der Stadtberner Kaserne eine Asylunterkunft eingerichtet wird. – Eben: Wir sind ja nicht immer dagegen. Die Bundesbehörden brauchen eine Asylunterkunft in der Stadt Bern, und die Kaserne im Nordquartier von Bern ist dafür bestens geeignet. Zudem haben wir mit der Asylunterkunft in der Alten Feuerwehrkaserne – ebenfalls im Nordquartier – die Erfahrung gemacht, dass die Bernerinnen und Berner und besonders die Bewohnerinnen und Bewohner des Nordquartiers für eine Asylunterkunft offen sind, sich solidarisch zeigen und mit ihrer Freiwilligenarbeit sowohl den Asylsuchenden als auch dem Betrieb enorm geholfen haben. In einem Wohnquartier könnte die Kaserne tatsächlich anders genutzt werden.

Warum sollte man sich diese Frage nicht stellen? – Ich weiss es nicht: Vielleicht braucht ja das Militär Prêles. Das wäre quasi auch ein Vorschlag. Dann könnte man das einmal prüfen. Auch hier sehen wir, dass der Regierungsrat keine Perspektive entwickeln möchte, obwohl durchaus Möglichkeiten vorhanden wären. Die grüne Fraktion wird das Postulat annehmen und bittet um die Unterstützung.

Vania Kohli, Bern (BDP). Es wurde alles gesagt, alle Argumente liegen auf dem Tisch. Ich möchte Ihnen nicht mehr Zeit nehmen. Die BDP-Fraktion wird der Argumentation des Regierungsrates mehrheitlich folgen. Es gibt aber auch ein paar Mitglieder, die den Vorstoss in der Hoffnung unterstützen, damit ein zweites Zentrum in Kappelen-Lyss zu verhindern.

Präsident. Ich gebe dem Motionär noch einmal das Wort. Er will wandeln.

David Stampfli, Bern (SP). Mir ist einerseits durchaus bewusst, dass die Verträge mit dem VBS bestehen. Andererseits kam von derselben Organisation, eben von der Eidgenossenschaft, der Auftrag, dass der Kanton Bern ein solches Bundesasylzentrum machen soll. Vielleicht müssen die geeigneten Stellen beim Bund einfach einmal zusammen sprechen. Vielleicht müssten Frau Amherd und Frau Keller-Sutter einmal zusammen einen Kaffee trinken gehen und das besprechen.

Wenn man wirklich etwas realisieren wollte, wäre es wohl kein Problem. Hier können Sie ja den Tatbeweis antreten, dass Sie das gerne möchten. Mir ist auch bewusst, dass diese Arbeitsgruppe schon besteht. Es geht hier mehr darum, nachzustossen, damit man die Variante im Stadtberner Kasernenareal wirklich prüft.

Nach der Debatte bin ich durchaus auch bereit, die Motion in ein Postulat zu wandeln, im Sinne eines Prüfauftrags, dass man weiterhin schauen soll, ob man dort vielleicht ein Bundesasylzentrum einrichten könnte. Vielleicht ist man vom Bund aus ja bereit, nicht auf diesem Vertrag zu bestehen, der bis 2048 verlängert wurde, oder wenigstens Teile des Areals abzutreten. Es würde mich ohnehin noch interessieren – das noch als Frage an Herrn Regierungsrat –, wie man auf die Idee kommt, Verträge abzuschliessen, die nachher einseitig verlängert werden können. Ich danke Ihnen für die Unterstützung des Postulats.

Präsident. Ich gebe das Wort Regierungsrat Müller.

Philippe Müller, Polizei- und Militärdirektor. Bundeszentren, schnellere Asylverfahren: Dazu hat das Schweizer Stimmvolk deutlich Ja gesagt. Für die Umsetzung des Volksentscheids sind in der Asylregion Bern zwei dauerhafte Bundesasylzentren mit insgesamt 620 Plätzen zu schaffen. Eines dieser Zentren wurde in Kappelen in Betrieb genommen. Ein zweiter Standort wird in der Stadt oder Agglomeration Bern gesucht, um das bestehende Bundesasylzentrum im ehemaligen Zieglerspital abzulösen.

Der Regierungsrat begrüsst die Offenheit der Stadt Bern für dieses Vorhaben. Das Staatssekretariat für Migration (SEM) identifiziert und prüft mögliche Standorte für das zweite zukünftige Bundesasylzentrum im Kanton Bern. Das Kasernenareal wird mittelfristig nicht frei, denn das VBS hat im Juli 2018 den langjährigen Waffenplatzvertrag mit dem Kanton bis ins Jahr 2028 verlängert. Zusätzlich zur Armee sind Teile der Hochschule der Künste (HKB), des Amts für Bevölkerungsschutz und Militär (BSM) und der Kantonspolizei auf dem Areal untergebracht. Der Vertrag ist, wie erwähnt, langfristig. Ich weiss nicht, wie es damals zustande gekommen ist, dass man es auf diese Dauer aufgelöst hat. Wahrscheinlich weil man einfach davon ausgeht, dass die Armee das Areal noch ganz lange brauchen wird. Gesteuert wird die Standortsuche durch den Ausschuss, der sich aus Mitgliedern der betroffenen Bundesämter, dem Regierungsrat und dem Gemeinderat der Stadt Bern zusammensetzt. Der Regierungsrat will die gute Zusammenarbeit in diesem Steuerungsausschuss weiterführen. Er lehnt diesen Vorstoss und Parallelverhandlungen mit dem VBS, die in diesem Vorstoss gefordert werden, deshalb ab.

Präsident. Wir kommen zur Abstimmung. Wer dieser Motion, die in ein Postulat gewandelt ist, als Postulat zustimmen will, stimmt Ja, wer dies ablehnt, stimmt Nein.

Abstimmung (als Postulat)

Vote (adoption de la motion sous forme de postulat)

Der Grosse Rat beschliesst: / Décision du Grand Conseil :

Annahme / Adoption

Ja / Oui	57
Nein / Non	86
Enthalten / Abstentions	2

Präsident. Sie haben das Postulat abgelehnt, mit 57 Ja- gegen 86 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen. Ich habe noch eine Mitteilung zu machen. Die Kinowoche zum Welt-Autismus-Tag beginnt am 2. April. Grossrätin Kocher hat draussen in der Wandelhalle Flyer aufgelegt. Sie bittet Sie, vom Angebot dieser drei Filme, die in den Kinos in Bern, Biel und Meiringen gezeigt werden, Gebrauch zu machen. Ist das richtig? – Das ist der Fall. Es seien auch sachverständige Leute vor Ort, die Ihnen für Fragen zur Verfügung stünden. Machen Sie Gebrauch davon. Draussen liegen die Flyer auf. Für den Fall, dass es zu wenige hat, hat Frau Kocher noch welche bei sich, die Sie mitnehmen könnten.